

## Standesangelegenheiten.

### Ausländer auf deutschen Hochschulen.

Von G. Mamlock.

In einer kürzlich erschienenen, recht beachtenswerten Schrift „Wege zur Universitätsreform“ von Kühnert und Kranold wird (S. 46) darauf hingewiesen, daß im Laufe der Zeit sich ein beträchtlicher Abstand zwischen den Lehrern der Hochschulen und ihren Schülern eingestellt hat, der zur Folge hat, daß jene nicht immer in der Lage sind, die Wünsche, Bedürfnisse, Lebens- und Arbeitsbedingungen der Studenten genügend zu übersehen und bei ihren Maßnahmen zu berücksichtigen. Deshalb brauchen die Universitätsbehörden eine Stelle in der Studentenschaft, die sie in solchen Dingen beraten kann. Und anderseits brauchen die Studenten ein Organ, das ihren Wünschen Gehör zu schaffen vermag.

Keinen besseren Beweis für die Richtigkeit dieser Auffassung hätte es geben können als den Hallenser Studentenstreik, über dessen einzelne Phasen hier 1912, S. 2464 und 1913, S. 80, 128 berichtet ist.

Daß er überhaupt entstehen konnte, ist gewiß — wie ein hervorragender Universitätslehrer einer westdeutschen Hochschule schrieb — unverständlich.

Regelt doch eine ganz klare Ministerialverfügung die Zulassung zum Praktizieren in den Universitätskliniken und -polikliniken. Und darum allein hat es sich gehandelt. Der fragliche Erlaß vom 22. August 1896 (U. I. Nr. 1211 J) schreibt vor, daß Studierende nur praktizieren dürfen, wenn sie die ärztliche Vorprüfung innerhalb des Deutschen Reiches oder eine entsprechende Prüfung im Auslande vollständig bestanden haben.

Man scheint nun in Halle nach einer Erklärung von Prof. Denker<sup>1)</sup> diese Verfügung nur auf die Inländer bezogen zu haben, und so konnten denn ungenügend vorgebildete Ausländer unter günstigeren Bedingungen sich klinisch und poliklinisch betätigen als Reichsdeutsche. Vielleicht hat diese für die Ausländer ja recht erfreuliche Tatsache auch anziehend auf sie gewirkt und damit zu einem Zustrom von Fremden nach Halle geführt, der nun wieder sekundär Unzuträglichkeiten mit sich brachte.

Nach der Darstellung, die der Kultusminister im Abgeordnetenhaus<sup>2)</sup> von den Vorgängen gegeben hat, hatte die medizinische Fakultät in Halle die Unterrichtsverwaltung gebeten, dafür zu sorgen, daß allgemein in Deutschland von den Klinikisten, die praktizieren wollen, das Bestehen des Physikums verlangt werde. Da das bereits durch den Ministerialerlaß vom Jahre 1896 in Preußen vorgeschrieben sei, sei diese Eingabe dahin verstanden worden, daß diese Vorschrift auf allen deutschen, auch auf den nicht preussischen Universitäten Geltung bekommen solle, und die Unterrichtsverwaltung habe deshalb veranlaßt, daß diese Frage auf der alljährlichen Konferenz der Universitätsrektoren zur Sprache gebracht wurde, die denn auch beschlossen habe, bei den übrigen Regierungen eine Regelung in diesem Sinne anzuregen. Die Unterrichtsverwaltung habe dann aber doch Veranlassung genommen, eine Rundfrage zu veranstalten, um festzustellen, ob dem Erlaß von 1896 auf allen preussischen Universitäten entsprochen worden sei. Da dieser Erlaß Anfang Juni ergangen sei, habe sich die Antwort infolge der großen Ferien verzögert, und die letzte Antwort sei erst im November eingetroffen. Da sich aus den Berichten ergeben habe, daß in der Tat dem Erlaß von 1896 nicht überall Folge gegeben sei, so sei er erneut in Erinnerung gebracht worden. Die Vorschrift des Erlasses, daß auf allen

<sup>1)</sup> Münchener medizinische Wochenschrift 1912, Nr. 53.

<sup>2)</sup> 67. Sitzung der Budgetkommission am 24. Februar 1913.

preußischen Universitäten den Klinikisten die Erlaubnis zum Praktizieren nur nach Bestehen des Physikums erteilt werden dürfe, decke sich mit der Forderung der Hallenser Klinikisten. Daß diese Bestimmung in Halle nicht eingehalten worden sei, werde darin seine Ursache haben, daß im Jahre 1896 in Halle nur wenige Ausländer studiert hätten und infolge eines Wechsels der Dozenten der Erlaß dort in Vergessenheit geraten sei. Ungefähr gleichzeitig mit der Ministerialverfügung, die den Erlaß von 1896 in Erinnerung gebracht habe, sei der Streik der Kliniker in Halle ausgebrochen.

Zwar hatten auch andere Universitäten den Ausländern gegenüber vielfach Nachsicht walten lassen, sodaß sich der Minister am 1. Juli 1912 veranlaßt sah, den Universitätskurator von **Königsberg** auf den früheren Erlaß hinzuweisen. — In **Breslau** z. B. hat man sich auch nicht streng daran gehalten, und erst als die Klinikisten an die Fakultät mit dem entsprechenden Ersuchen herantraten — übrigens längst vor den Hallenser Vorgängen — hat sie beschlossen, die Vorschriften genau durchzuführen. Schwierigkeiten in den Kliniken hat es allerdings nie gegeben, weil die Zahl der Ausländer nie mehr als höchstens 14% betragen hat und im allgemeinen eine Klage über besondere Vordringlichkeit etc. der Ausländer nie erhoben wurde. Die Reichsdeutschen haben nach jeder Richtung hin sich von irgend welcher scharfen Animosität frei gehalten und haben nicht mehr als ihr gutes Recht verlangt, und die russischen Studenten haben erklärt, daß sie sehr gern immer das Physikum machen möchten, nur möge man ihnen die Zulassung zum Physikum nicht erschweren, sondern ihnen nach dieser Richtung hin dieselben Rechte wie den Inländern gewähren, natürlich unter der Voraussetzung, daß sie dieselben Verpflichtungen erfüllen. Um auch den klinischen Direktoren besser als bisher die Möglichkeit zu verschaffen, selbst eine Kontrolle über die Ausländer und ihre Berechtigung, in den Kliniken zu praktizieren, zu führen, soll versucht werden, z. B. durch etwas andersfarbige Inskriptionsbücher die Ausländer zu kennzeichnen. Auch sollen die Ausländer von vornherein mehr als bisher auf alle sie betreffenden Spezialbestimmungen hingewiesen werden. Vielleicht wird man auch die Quästur zur Kontrolle heranziehen, wie das schon bei den Inländern der Fall ist.

Die **Göttinger** medizinische Fakultät hat, da es schwer festzustellen ist, ob z. B. eine in Rußland bestandene Vorprüfung wirklich unserer deutschen ärztlichen Vorprüfung entspricht, sich im August 1912 auf eine ministerielle Anfrage dahin geäußert, daß es sich empfehlen würde, eine „entsprechende“ Vorprüfung nur dann anzunehmen, wenn diese in Oesterreich oder in der Schweiz abgelegt ist.

**Greifswald** hat besondere Maßnahmen zur Regelung der Zulassung ausländischer Medizin Studierender zum Besuch der Kliniken noch nicht ergriffen, da die Ausländer nur 3% der Studierenden überhaupt ausgemacht haben und in der medizinischen Fakultät unter den Ausländern nur 2 Russen bisher gewesen sind.

In **Berlin** sind bisher Ausländer unter denselben Bedingungen zum Praktizieren zugelassen worden wie die Inländer; von neuem ist den Dozenten strengste Beachtung der betreffenden Vorschriften zur Pflicht gemacht worden. — **Bonn** hält sich genau an die Ministerialverfügung, desgleichen **Kiel** und **Marburg**. — In **Straßburg** sind bisher Ausländer ohne weiteres zum Praktizieren zugelassen worden. Die Fakultät hatte aber bereits im vorigen Sommer beschlossen, ein vor-klinisches Examen für Ausländer einzurichten, das genau der Vorprüfung der Inländer entspricht. Seit 1. Januar kann dieses Examen abgelegt werden, nach wenigen Semestern wird es obligatorisch werden. Dann werden nur noch diejenigen Ausländer zum Praktizieren in den Kliniken zugelassen werden, welche dieses Examen bestanden haben.

Aehnlich liegen nun die Dinge auf den außerpreußischen Universitäten; und wenn auch die Ausländerfrage neuerdings ganz besonders in Preußen akut geworden ist, so rechtfertigt sich ein Ueberblick über die Verhältnisse in den Bundesstaaten schon deshalb, weil eine Regelung der Angelegenheit von Reichs wegen nicht beabsichtigt ist.<sup>1)</sup>

Nach wie vor werden also die größten Verschiedenheiten an den einzelnen Universitäten bestehen bleiben, und das wird die unerwünschten Folgen haben, daß da, wo man am nachsichtigsten ist, sich die Ausländer zusammendrängen und damit höchst unbequeme Situationen schaffen. Trügen nicht alle Anzeichen, so wird die Einheitlichkeit im Vorgehen der Studentenschaft hier Wandel schaffen und gewisse behördliche Unterlassungssünden ihrerseits dadurch ausgleichen.

In **München** soll auf Anordnung des Staatsministeriums die Zahl der russischen Studierenden auf 200 beschränkt werden. Da gegenwärtig eine wesentlich größere Zahl inskribiert war, so sollen keine Neumatrikulationen stattfinden, bis diese Höchstzahl von 200 erreicht ist. Nur solche Studierende aus Rußland und den Balkanländern sollen zugelassen werden, welche bereits an einer anderen Universität dem Studium obgelegen hatten. Es wurde den einzelnen Dozenten anheim gegeben, die Inskription der Ausländer erst vom 15. November und 15. Mai ab zuzulassen, damit zuerst die Angehörigen des Deutschen Reiches Gelegenheit haben sollten, ihre Plätze zu belegen. Zu diesem

Zweck werden getrennte Inskriptionslisten für die Studierenden aus dem Deutschen Reich und dem Ausland geführt. — [Nur glaube niemand, daß die paar Russen die unhaltbaren Zustände in den Münchener Kliniken verschulden; die Auditorien reichen nicht einmal für die Inländer, und die Zahl der klinischen Ordinarien ist für die Studentenzahl viel zu klein.]

In **Würzburg** bestehen für die Zulassung ausländischer Medizinstudierender zu Vorlesungen, Kliniken und Kursen außer den allgemeinen Bestimmungen der Universitätssatzungen besondere Vorschriften nicht. Danach ist § 25 des Titels IV der Satzungen für die Studierenden an den Kgl. Bayerischen Universitäten maßgebend, der einfach die für das Deutsche Reich erlassenen Verordnungen anerkennt. Hiermit ist der persönlichen Auffassung ein breiter Spielraum gelassen; und so hat man denn auch in **Erlangen**, wo die Ausländerfrage bisher noch nicht aktuell geworden ist, Ausländer gewöhnlich ohne weiteres zu den Vorlesungen, Kliniken und Kursen zugelassen, ohne daß von ihnen ausdrücklich ein Ausweis darüber verlangt wurde, daß sie die ärztliche Vorprüfung bestanden hätten.

In **Leipzig** sollen vom Sommersemester an Abiturienten russischer Gymnasien im allgemeinen nur aufgenommen werden, wenn sie auf Grund des vollen Reifezeugnisses eines klassischen russischen Gymnasiums bereits ein Jahr an einer russischen Universität immatrikuliert gewesen sind.<sup>1)</sup> Ueber Ausnahmen, die unter ganz bestimmten Umständen gemacht werden können, entscheidet die Immatrikulationskommission. Außerdem wird Ausländern, die offensichtlich die deutsche Sprache in einem den erfolgreichen Besuch der Vorlesungen gewährleistenden Umfange nicht beherrschen, die Aufnahme versagt werden.

In **Tübingen** ist durch Ministerialerlaß vom 29. März 1897 bestimmt, daß zum Praktizieren in den Kliniken nur solche Studierende zugelassen werden dürfen, welche die ärztliche Vorprüfung innerhalb des Deutschen Reiches oder eine entsprechende Prüfung im Auslande vollständig bestanden haben. Demgemäß wurde auch verfahren. Auch konnte nur unter denselben Bedingungen ein Medizinstudierender Mitglied des Tübinger „Klinikistenvereins“ werden, und ebenso galten sie als Voraussetzung für die Uebernahme einer Famulusstelle an einer Klinik. Bei der geringen Zahl der Ausländer hat dagegen die Frage, inwieweit Ausländer auch ohne bestandenes Physikum als Hörer eine Vorlesung oder Klinik besuchen können, noch keine prinzipielle Beantwortung erfahren; doch ist eine endgültige Regelung auch hierfür dringend zu wünschen. Allerdings — schreibt uns ein Fakultätsmitglied — habe er bisher bei den Hörern seiner Klinik bezüglich ihres bisherigen Bildungsganges keine Nachforschungen angestellt in der Annahme, daß der — hier straff organisierte — Klinikistenverein ihn darauf aufmerksam gemacht haben würde, wenn sich unberechtigte Elemente in seiner Klinik eingefunden haben würden. Irgendwelche Mißbelligkeiten oder Uebelstände sind hier nie aufgetreten, vermutlich namentlich deshalb, weil Tübingen sehr wenig Fremdenuniversität ist, sodaß die Interessen der deutschen Studierenden durch die Ausländer niemals irgendwie bedroht erschienen. Die Fakultät ist der Meinung, daß eine generelle Regelung der Ausländerfrage für alle deutschen Hochschulen geboten ist.

In **Heidelberg** hat — nach Mitteilung des Heidelberger Tageblattes vom 23. Dezember 1912 — auf eine Eingabe der Klinikisten die Fakultät beschlossen, die Bestimmungen über das Praktizieren in den klinischen Anstalten entsprechend dem Schreiben des engeren Senats vom 13. Mai 1897 streng zu handhaben. Danach werden nur Studierende, welche die ärztliche Vorprüfung bestanden haben, zum Praktizieren zugelassen. (Da auf Grund dieser Bestimmung russische Studierende wahrscheinlich nicht mehr praktizieren werden, so kann vorerst auch von dem von der Klinikerschaft gewünschten Sprachexamen abgesehen werden. Die Zulassung zu den klinischen Instituten auf eine bestimmte Zahl zu beschränken, ist die Fakultät nicht in der Lage, beschließen zu können, weil diese Frage ihre Kompetenz überschreitet.)

In **Freiburg** wird voraussichtlich zu Beginn des Sommersemesters die Angelegenheit geregelt werden.

In **Gießen** werden Ausländer zu den Vorlesungen etc. nur zugelassen, wenn sie die gleichen Vorbedingungen erfüllen wie die Inländer, insbesondere wird das Abgangszeugnis einer dem deutschen Gymnasium, Realgymnasium oder Oberrealschulen gleichwertigen Schule gefordert. Die Vorschriften werden streng gehandhabt, sodaß die Zahl der Ausländer gering ist.

In **Rostock** hatte die Fakultät bisher nicht Veranlassung, zu der

<sup>1)</sup> Gegen diese rigorose Bestimmung, die sich offensichtlich nicht gegen die Ausländerfülle als solche richtet, sondern gerade diejenigen Russen trifft, die mangels Aufnahme an russischen Hochschulen gezwungen werden, ins Ausland zu gehen, wendet sich sogar ein russisches Blatt, der „Rjetsch“. Er macht abfällige Bemerkungen über „das Volk der Denker und Dichter“, ohne zu bedenken, daß gerade die russische Universitätspolitik zuerst Veranlassung hätte, andere Bahnen zu gehen. — Jedenfalls ist festzustellen, daß nicht einmal die Eingabe der Leipziger Klinikisten an die Leipziger medizinische Fakultät (vom 17. XII. 1912) derartig scharfe Bestimmungen für erforderlich erachtet hat, sodaß also ein durch nichts begründetes Vorgehen hier beliebt ist.

<sup>1)</sup> Verhandlungen des Reichstags, 87. Sitzung, 10. Januar 1913, Erklärung des Direktors im Reichsamt des Innern **Lewald** (S. 2826).

Ausländerfrage ausdrücklich Stellung zu nehmen, da eine solche zurzeit nicht aktuell ist. Die wenigen Ausländer, die die Kliniken besuchen, haben die Vorprüfung hier abgelegt. In Praxi ist dieses Verfahren bisher immer innegehalten worden.

In Jena sind die Bestimmungen die gleichen wie sonst im Deutschen Reich. Die Handhabung ist jedoch bei dem Praktizieren in Kliniken verschieden. Aber — so wird uns von einem namhaften Fakultätsmitglied geschrieben — auch hier ist eine Regelung der Sache sehr erwünscht.

Angesichts dieser Verhältnisse wird jeder Unparteiische es verstehen, daß der Wunsch nach einheitlicher Regelung — wie ihn ja einige Fakultäten ebenfalls hegen — bei den Studierenden vorhanden ist; denn bei ihnen machen sich natürlich all die beregten Unzuträglichkeiten fühlbar, während ja, wie wir hier 1912, S. 2232 mitteilen konnten und wie ja auch der Verlauf der Affaire in Halle zeigte, die Universitätslehrer anscheinend garnicht so sehr gestört werden.

Aus den nachstehenden Forderungen der deutschen Klinizisten, die auf der Januarversammlung der Berliner Ortsgruppe aufgestellt sind und die sich im wesentlichen mit denen der Hallischen Kommilitonen decken,<sup>1)</sup> ersieht man, welcher Art die Beschwerden sind, und daß in der Tat hier ebenso berechnigte wie erfüllbare Wünsche geäußert werden:

Die Inskription von Ausländern soll davon abhängig gemacht werden, daß die Ausländer ein in einer amtlich beglaubigten Uebersetzung vorzulegendes Reifezeugnis einer staatlichen Anstalt beibringen müssen. Die Qualifikation ist von amtlicher Seite zu prüfen.

Die Ausländer müssen zur Immatrikulation ein von ihrer Heimatbehörde ausgestelltes Führungszeugnis in einer amtlich beglaubigten deutschen Uebersetzung vorlegen.

Die Erlaubnis des Praktizierens sowie die Zulassung zur Doktorprüfung ist von der Vorlegung eines amtlichen deutschen Zeugnisses über eine bestandene Prüfung in der deutschen Sprache abhängig zu machen.

Nur solche Ausländer dürfen praktizieren, die die ärztliche Vorprüfung oder ein diesem entsprechendes gleichwertiges, vorklinisches Fakultätsexamen bestanden haben. Auf jeden Fall soll die Zulassung zum Staatsexamen auch in Zukunft nur ausnahmsweise (mit besonderer Genehmigung des Reichskanzlers) gestattet sein.

Die Ausländer haben den von der Medizinischen Fakultät herausgegebenen Studienplan strikte innezuhalten.

Die Zahl der studierenden Ausländer ist nicht nur allgemein auf die Universität, sondern insbesondere auf die Medizinische Fakultät prozentualiter auf ein bestimmtes Maß zu beschränken. Die Zahl ist für jede Universität nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse festzusetzen.

Die Ausländer haben an Inskriptions- und Prüfungsgebühren mindestens das Doppelte zu entrichten.

Soweit an Universitäten Stundung von Kolleggeldern besteht, soll sie nicht für Ausländer gelten.

Die Inskription für die Kollegs und Praktika darf für Ausländer erst 14 Tage nach Beginn der Vorlesungen erfolgen. Die Ausländer haben sich in einer besonderen Liste einzutragen, von der eine Abschrift der Universitätsbehörde zur Prüfung vorliegen muß.

Die Verwendung von Ausländern zu Famulus-, Protokollanten- und Volontärstellen soll nicht erfolgen, solange sich reichsdeutsche Bewerber dafür finden.

Im wesentlichen hat sich die öffentliche Meinung auf Seite der deutschen Studierenden (bzw. der Ausländer, die zu Reklamationen keinen Anlaß gaben) gestellt, und auch im Parlament hat man<sup>2)</sup> die Regierung im Sinne der obengenannten Forderungen zur Behebung der beregten Uebelstände aufgefordert. Der Kultusminister<sup>3)</sup> hat darauf erklärt, daß zwar aus ideellen wie materiellen Gründen Ausländern auf deutschen Hochschulen Gastfreundschaft zu gewähren ist, vorausgesetzt, daß diese sich immer gegenwärtig halten, daß sie hier Gäste sind und sich dementsprechend benehmen. Er erklärte — und das ist angesichts gewisser, namentlich in der politischen Presse verbreiteter Klagen besonders hervorzuheben — daß, solange er die Geschäfte der Unterrichtsverwaltung führe, berechnigte Beschwerden in dieser Hinsicht nicht erhoben sind. Um eine Beeinträchtigung der deutschen Studenten zu vermeiden, habe man die akademischen Gebühren für Ausländer verdoppelt, für die Russen ist das Reifezeugnis eines russischen klassischen Gymnasiums (nicht mehr Kommerz- oder Realschule), für die Amerikaner das Abgangszeugnis eines Kollegs erforderlich etc. Der Minister mißbilligte im übrigen, wie auch die sonst zu der Sache sich äußernden Abgeordneten, daß die Studenten einen Streik veranstaltet hätten, und unterließ nicht den ausdrücklichen Hinweis darauf, daß sein oben-erwähnter neuer Erlass nicht etwa eine Folge des Streikes sei: da jedoch die Studierenden sachlich im Recht seien, habe die Unterrichtsver-

waltung Veranlassung genommen, von neuem mit den Universitäten in Verbindung zu treten, um zu erörtern, ob nicht eine noch weiter gehende Einschränkung des Besuchs ausländischer Studenten an den Universitäten angezeigt wäre. Die entsprechende Aufforderung sei vor einigen Wochen herausgegeben, und sobald die Berichte von sämtlichen Universitäten vorliegen, werde diese Frage geprüft werden. Ein gleiches Ersuchen sei bereits im Jahre 1909 ergangen: damals hätten die Universitäten übereinstimmend den Standpunkt vertreten, daß kein Anlaß zu weiteren Maßnahmen vorliege, sondern daß es genüge, wenn die Vorsteher der einzelnen Institute durch entsprechende Maßnahmen eine Beeinträchtigung der Inländer durch die Ausländer verhüten. Die Unterrichtsverwaltung sei jedoch zu der Ansicht gelangt, daß das nicht genüge; denn es sei nicht zu leugnen, daß an einzelnen Stellen berechnigte Klagen von den deutschen Studenten erhoben würden, und die Unterrichtsverwaltung sei bereit, diesen Klagen Abhilfe zu schaffen.

Je nach der Parteistellung haben die Abgeordneten diese Maßnahmen für ausreichend oder für unzulänglich erklärt. Insbesondere hat sich natürlich die Tagespresse des Gegenstandes angenommen und vielfach mit mehr Leidenschaft als Sachkenntnis aus dieser internen akademischen Angelegenheit eine Haupt- und Staatsaktion gemacht. Demgegenüber hatte eine der eifrigsten Vertreterinnen der studentischen Interessen, die Deutsche Tageszeitung (20. Dezember 1912), Stellung genommen in einem höchst bemerkenswerten Aufsatz, betitelt: „Den Bogen nicht überspannen“. Das Blatt, dem man gewiß keine Sympathien für russische Studenten nachsagen wird, macht die Hallischen Klinizisten darauf aufmerksam, „daß ein solcher Streik unter allen Umständen unerwünscht ist; wenn man ihn deshalb auch zur Erreichung eines großen und notwendigen Zieles und zur Abstellung einer schwer auf den deutschen Klinizisten lastenden Ungerechtigkeit für richtig halten konnte, auf keinen Fall ist er ein geeignetes Mittel für die Studentenschaft, um mit ihm einen Druck in einer verhältnismäßig untergeordneten Frage auszuüben, bei deren Regelung die Autorität der akademischen und ministeriellen Behörden nicht angetastet zu werden braucht und nicht ausgeschaltet werden kann. Wir möchten deshalb mit dem Ausdrucke der Hoffnung schließen, daß die Klinizisten diesen Gesichtspunkten doch noch Rechnung tragen werden; andernfalls würden sie auf eine Unterstützung durch die Sympathien der nationalen Oeffentlichkeit kaum mehr unbedingt zu rechnen haben; und sie würde die Verantwortung für einen unter allen Umständen unerwünschten Konfliktszustand treffen, dessen Verschulden bisher der Fakultät zur Last fiel.“ (Schluß folgt.)

<sup>1)</sup> Vgl. auch das Protokoll des VII. a. o. Vertretertages des Verbandes deutscher Klinikernschaften, Leipzig, 4. Jan. 1913.

<sup>2)</sup> Verhandlungen des Abgeordnetenhauses 11. Jan. 1913, 109. Sitzung, und 5. April, 158. Sitzung. — <sup>3)</sup> Verhandlungen der Budgetkommission 24. Febr. 1913, 67. Sitzung, S. 18.